

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG  
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

## 1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

vor einigen Tagen ließ die Chefin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, die Katze aus dem Sack: In der EZB steht man kurz vor der probeweisen Einführung einer digitalen Variante des Euro. Die Zentralbank macht damit nach, was die chinesische Regierung schon seit sechs Jahren testet und was auf privater Ebene, z.B. beim „Bitcoin“, seit Jahren betrieben wird und was manchen Spekulanten Wohlstand und anderen das Gegenteil davon bescherte: Die Schaffung einer rein elektronischen Währung, die – sehr kurz dargestellt – u.a. darauf basiert, daß jede Transaktion rechen-technisch erfasst wird und auf Dauer gespeichert bleibt, wobei der Wert des geschaffenen elektronischen Geldes einzig und allein auf ständig wiederkehrenden Rechenoperationen basiert. Der hierfür einzu- setzende Stromaufwand ist erheblich und manche Experten warnen schon heute vor denkbaren Ener- giemonstern in den großen Rechenzentren, deren Stromhunger dann immer schwerer zu stillen sein wird.

Ohne elektrischen Strom, das ist also sicher, geht in Sachen elektronischem Geld gar nichts. Selt- sam mutet deshalb ein Erklärungsversuch von EZB-Direktor Fabio Panetta an, der einen elektronischen Euro für „in verschiedenen Szenarien erforderlich“ hält, „etwa wenn die Menschen nicht mehr mit Bargeld zahlen wollen, oder in extremen Situationen wie Naturkatastrophen oder Pandemien, in denen andere herkömmliche Zahlungsdienstleistungen nicht mehr funktionieren“. Warum und wieso, muß man Panetta fragen, sollte ein elektronischer Euro noch funktionieren, wenn die Rechenzen- tren gestört sein sollten? Schlägt nicht gerade dann immer wieder die Stunde des Bargeldes und der Edelmetalle? Eilfertig betonte die in Frankreich strafrechtlich verurteilte Lagarde dann zu versichern, daß niemand die Absicht habe, das Bargeld abzuschaffen. Glaubwürdig klingt dies nicht. Schließlich hatte im geteilten Deutschland zu Beginn der 1960er Jahre auch niemand die Absicht, eine Mauer zu errichten . . .

Nein, das anonyme Bargeld ist und bleibt ein Dorn im Auge aller Politiker und Zentralbanker, die es – aus den verschiedensten Motiven heraus – auf unsere Sparguthaben etc. abgesehen haben. Denn die jedem elektronischen Geld zugrunde liegende Blockchain ist eine Art unauflösbare Kladder, in der jede Transaktion genauestens verzeichnet bleibt, die von Anbeginn dieser Währung getätigt wurde. Jeder Briefmarkenkauf, jeder Apothekenbesuch, jede Gaststättenzeche – alles bleibt gespeichert. Es wäre dann theoretisch ein Leichtes, einem Greis vorzuwerfen und nachzuweisen, daß er z.B. einst als 16jähriger beim Spirituosenkauf bezüglich seines tatsächlichen Alters einmal „geschummelt“ hatte. Und wer sagt, dies alles störe ihn nicht, weil er nichts Unrechtes tue, könnte gleichwohl eines Tages schnell in die Sünderecke gestellt werden, sollten die jeweiligen Machthaber nur an den Stellrädern des Gesetzesgefüges ein wenig drehen.

Beim Bitcoin, dies nur am Rande, ist diese „Transparenz“ längst zur traurigen Realität geworden. Legten die ersten Bitcoin-Programmierer noch auf eine höchstmögliche Anonymität großen Wert, wurden die von ihnen diesbezüglich eingebauten Sperren doch recht schnell von den verschieden- sten Geheimdiensten geknackt. Längst kann die Mehrheit der Bitcoin-Kontoinhaber von den „Schlapp- hüten“ per Knopfdruck aufgelistet werden. Es gilt in Fachkreisen als weitgehend sicher, daß dies für alle wichtigen Kryptowährungen gilt – warum sollte es dann beim elektronischen Euro anders kom- men?

Und das Überwinden der von den Währungsvätern eingebauten Sicherungen ist nur das eine. Der EZB trauen nämlich die meisten kritischen Beobachter auch zu, sich selbst umfassende Kontroll- und Eingriffsrechte für alles vorzubehalten, was mit der neuen Währung geschehen sollte. Wer sich aus Sicht der jeweiligen Staatslenker unbotmäßig verhalten sollte, könnte sich schnell drastischen Verfü- gungsbeschränkungen über seine E-Euro-Guthaben ausgesetzt sehen. Neue Steuern oder ein Minus- zins auf E-Geld könnten per Knopfdruck ausgerechnet und abgezogen werden, ohne daß es noch eine Ausweichmöglichkeit auf Bargeld gäbe. Und auch die längst eingesetzte Flucht in Sachwerte könnte wirkungsvoll unterbunden werden, wenn man das bisherige „Mischsystem“ aus Buch- und Bargeld zugunsten eines elektronischen Euro aufgäbe.

Noch ist es nicht so weit, aber die Anfänge sind erkennbar. Wir sehen uns in unseren laufenden An- lageempfehlungen auch vor diesem Hintergrund mehr als bestätigt. (tb)

## 2 Vertuschungsskandal bei versunkener Estonia?

Schwedens Regierung wollte das am 28.09.1994 gesunkene Wrack der Fähre „Estonia“ eigentlich unter einem Betonmantel für ewig verstecken. Die Unglücksstelle selber ist bereits seit Jahren Sperrgebiet, um den Schiffsverkehr nicht durch das Wrack zu gefährden. Bislang wurde es aber nur mit Geröll „versteckt“. Doch schon damit und einem ergebnislosen Bericht aus dem Jahr 2009 glaubten die Regierungen Schwedens, Finnlands und Estlands, das Unglück für immer „begraben“ zu können.

Ein privates Tauchteam, das sich mit den sehr eigenartigen Erklärungen der politischen Funktionäre nicht zufriedengeben und den Tod von 852 Menschen aufklären wollte, hat nun nach eigenen Angaben mit Roboter-Hilfe nach der Unglücksursache gesucht. Zur allseitigen Verblüffung stieß man dabei im Rumpf des Schiffes auf ein 1,2 x 4 Meter großes Leck, welches nach innen gerichtet ist und damit auf eine Kollision hindeutet. Tatsächlich fand zur Unglückszeit eine NATO-Übung genau in dieser Gegend statt. Nicht auszuschließen ist deshalb, daß die Fähre und die 852 Menschen Opfer einer Kollision mit einem U-Boot geworden sein könnten.

Estlands heutiger Premierminister Jüri Ratas fordert deshalb eine erneute Untersuchung des Unglückshergangs, während Schwedens damaliger Premierminister Carl Bildt auch weiterhin beharrlich schweigt. (eh)

## 3 Die Bundesregierung und die Schleuser-Banden

Die deutschen „Qualitätsmedien“ berichteten bisher nicht über Ermittlungen des griechischen Geheimdienstes EYP, dem es gelungen war, zwei Agenten als mutmaßliche Migranten an Bord eines Schlepperbootes zu schmuggeln. So kam heraus, daß von den illegalen Schlepperbooten aus wohl fast immer die „Migranten-Hotline“ AlarmPhone angerufen wird, um die Abholung der „Flüchtlinge“ an der griechischen Küstenwache vorbei zu organisieren. AlarmPhone ist unstrittig Teil eines eng geflochtenen Schleppernetzwerks, das seinen Sitz in Berlin hat – zusammen mit den Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) Mare Liberum und Sea Watch sowie der angeblichen Forschungsgesellschaft Flucht & Migration. AlarmPhone und verschiedene NGOs sollen seit 2015 mehr als sechs Mio. € Hilfsgelder auch von der Europäischen Union kassiert haben.

Das Schweigen der deutschen „Qualitätsmedien“ kann mit einer gewissen personellen Verflechtung erklärt werden. Die Schlepper-NGO „Jugend rettet“ (deren führender Kopf Mussie Zerai 2017 in Italien wegen Beihilfe zur Schlepperei rechtskräftig verurteilt wurde) wurde z.B. von vielen deutschen Journalisten unterstützt, darunter der frühere ARD-Programmchef Volker Herres, Stern-Chefredakteur Hans-Ulrich Jörges, die früheren „Zeit“-Chefredakteure Moritz Müller-Wirth und Theo Sommer, der stellv. Vorsitzenden des Deutschen Journalisten-Verbandes Kathrin Konyen sowie Ex-Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert. Der griechische Geheimdienst dokumentierte letzten Ende nichts anderes als das, was der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron bereits im Jahr 2018 im Rahmen seiner von 40 weiteren Abgeordneten unterstützten Strafanzeigen gegen sieben deutsche NGOs, die im Mittelmeer operieren und mutmaßlich mit Schlepperbanden kooperieren dürften, dargelegt hatte. Doch die zuständige deutsche Staatsanwaltschaft lehnte damals weitere Ermittlungen ab und stellte die Verfahren ein.

Seit der Ausflaggung der „Sea Watch 3“ und der „Seefuchs“ durch die Niederlande und der Beschlagnahme durch die italienischen Behörden fahren zur Zeit alle im Mittelmeer aktiven NGO-Schiffe unter deutscher Flagge. Das deutsche Verkehrsministerium scheint damit in Europa das letzte seiner Art zu sein, das noch Schiffen eine Zulassung erteilt, auch wenn zu erwarten ist, daß diese zur Durchführung illegaler Aktionen genutzt werden dürften. Dazu zählen die derzeit in Sizilien festgesetzte „Sea Watch 4“, die „Alan Kurdi“, die „Mare Liberum“ auf Lesbos und sogar die „Louise Michel“ des eigenwilligen britischen „Street-Art-Künstlers“ Banksy. Scheinbar ist Deutschland der letzte Flaggenstaat, der dem Schleppergeschäft der NGOs noch wohlwollend gegenübersteht.

Dabei machen diese NGOs gar keinen Hehl daraus, daß ihr Hauptinteresse weniger der Seenotrettung an sich gilt, als vielmehr dem (lukrativen) Transport von möglichst vielen Menschen an europäische Küsten. So, wie es die Schlepperin und Bootskapitänin Pia Klemp dem „Guardian“ einmal freimütig sagte. Und bei einem Preis von rund 1600 € für eine entsprechend „betreute“ Überfahrt ist das ganze wohl auch kein schlechtes Geschäft. Die deutsche Regierung scheint diesem Treiben sehenden Auges zuzusehen. Das macht sie vielleicht nicht juristisch, gewiß aber moralisch zu einer Komplizin. (tb)

## 4 Der „Corona-Soli“ dürfte kommen

Längst mehren sich in Deutschland diejenigen Stimmen, die für (wie auch immer geartete) Steuererhöhungen nach der Bundestagswahl plädieren. Während in ersten Zeitungskomentaren diese Möglichkeit nur angedeutet wird, gibt es vor allem aus den Reihen derjenigen, die sich gerne ungefragt zu Wort melden, schon deutlichere Töne. Der selbsternannte „Armutsforscher“ Christoph Butterwegge kritisiert z.B. wieder einmal, daß viel zu viele Gelder nach Leistungsfähigkeit und nicht nach Bedürftigkeit verteilt würden und fordert ganz klar einen „Corona-Solidaritätszuschlag“ für die fleißigen Steuerzahler. In dasselbe Horn bläst auch die frühere Kirchenfunktionärin Margot Käßmann: „Ein Corona-Soli wäre nur fair – und gerecht.“

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hatte sich bereits vorher für höhere Steuern für „Reiche“ ausgesprochen, wobei er allerdings alles weitere im Unklaren beließ. Für „reich“ hält sich Scholz persönlich, der zusammen mit seiner Frau Ministergehälter von insgesamt gut 30 000 € monatlich bezieht, im Übrigen nicht. Es wird interessant sein zu beobachten, wo Scholz die „Reichen-Grenze“ beim Abkassieren höherer Steuern zu ziehen gedenkt.

Demgegenüber steht die inzwischen wohl auch bis zu Scholz und dessen Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) durchgedrungene Erkenntnis, daß immer neue, steuerfinanzierte Staatshilfen bei keinem Unternehmen auf Dauer den fehlenden Umsatz ersetzen können. Wichtig sei es vielmehr dafür zu sorgen, so Schäuble, „daß die Unternehmen durchhalten können, daß Arbeitsplätze erhalten bleiben, daß es bald wieder losgehen kann.“ Immer neue Steuerlasten wären da nur kontraproduktiv. (tb)

## 5 Gegenwind für Brinkhaus

Im Deutschen Bundestag zeigen sich die Angehörigen des sogenannten „Wirtschaftsflügels“ der CDU/CSU hinter noch gut vorgehaltener Hand immer unzufriedener mit der Arbeit ihres Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus (CDU). In einer internen Sitzung wurden jedenfalls Vorwürfe gegen ihn laut, dem Koalitionspartner SPD gut zu Gesicht stehende Gesetzentwürfe wie am Fließband durchzuwinken, obwohl diese zumindest teilweise gegen elementare Werte und Positionen der „Wirtschaftsparteien“ CDU und CSU verstoßen würden.

Für den zunächst nur internen Gebrauch haben wirtschaftsnahe Unionsabgeordnete bereits ein „Sündenregister“ erstellt, in dem mehr als 50 Gesetze und Verordnungen aufgelistet seien, heißt es in vertraulichen Gesprächen immer wieder, mit deren Befürwortung Brinkhaus letztlich nur der SPD einen Dienst erweise. Brinkhaus, der den Fraktionsvorsitz einst als Alternative zu seinem als „merkelhörig“ geltenden Amtsvorgänger Volker Kauder errang, sitzt damit auf einem immer wackeligeren Stuhl. Dies würde insbesondere dann gelten, wenn das „Team Laschet/Spahn“ im Rennen um den CDU-Vorsitz siegreich sein sollte. Brinkhaus' Tage als Fraktionsvorsitzender wären dann wahrscheinlich gezählt, weil der ehrgeizige Gesundheitsminister Jens Spahn dann mehr als nur ein Auge auf dieses wichtige – und oft karrierefördernde – Amt werfen wird. (tb)

## 6 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – Neue Sprache, altes Schema

Nach 30 Jahren deutscher Einheit analysierte nun die frühere Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld die nach ihrer Auffassung größten Fehler, die beim Wiedervereinigungsprozeß gemacht wurden. Der Kardinalfehler war nach ihrer Ansicht, daß die die gesamte „DDR“ beherrschende Partei, die SED, nicht nur nicht verboten wurde, sondern ihr nicht einmal das milliarden schwere Parteivermögen entzogen wurde. Dies hielt man, so sieht Lengsfeld es heute, damals für nicht erforderlich, weil kaum jemand an das Überleben, geschweige denn den Wiederaufstieg einer Partei glauben konnte, die für die horrende Umweltverschmutzung in der „DDR“, die Unfreiheit und die gnadenlose Verfolgung politisch Andersdenkender und vieles mehr voll verantwortlich war. Spätestens als Genosse Gregor Gysi auf dem letzten SED-Parteitag im Dezember 1989 die Genossen von der eigentlich anstehenden Parteiauflösung erfolgreich abhielt, weil dann das Parteivermögen an den Staat gefallen wäre, hätten die Bürgerrechtler aufstehen und protestieren müssen, meint Lengsfeld heute. Doch damals blieb man sitzen.

In den Folgejahren verstanden es die Vertreter der „Nach-SED“ recht geschickt, die in den neuen Bundesländern nach vier Jahrzehnten „DDR“-Mißwirtschaft unvermeidbaren wirtschaftlichen Einbrüche, angeblichen „Fehlern“ des Vereinigungsprozesses anzulasten. Gewiß lief nicht alles optimal. Doch das Grundproblem waren stets die Folgen einer sozialistischen Mißwirtschaft. Daß dies zunehmend auch von den westdeutschen Medien „übersehen“ wurde, mußte man wohl den auch schon damals überwiegend linkslastigen Redakteuren zuschreiben. Neben Berichten über die Wirtschaftsprobleme in den neuen Ländern fand sich dann recht schnell auch immer wieder die Anklage, daß die ehemaligen „DDR“-Bürger zu Bürgern der zweiten Klasse degradiert seien. Daß sie dies tatsächlich und ausschließlich vor der Wiedervereinigung waren – als Bürger ohne Reisefreiheit und von der Wiege bis zur Bahre gegängelt –, darüber wurde kaum mehr gesprochen oder geschrieben.

In den Folgejahren wurde die von Gysi geleitete SED-Folgeorganisation zu einem regelrechten „Liebling“ vieler Redakteure. Obwohl er nur Vorsitzender einer im Vergleich zur SPD oder der Union kleinen Partei war, sah man ihn damals in z.B. Fernseh-Talkshows so oft wie kaum einen anderen. Lengsfeld weiß heute zu berichten, daß es sogar eine Liste von „Gegen-Gästen“ gegeben habe, mit denen Gysi nicht öffentlich diskutieren wollte. Auf dieser Liste fanden sich angeblich Namen wie der von Arnold Vaatz, Bärbel Bohley, Angelika Barbe, Hubertus Knabe und natürlich auch der von Frau Lengsfeld.

Während die Union in den 1990er Jahren noch die letzte politische Kraft war, die verlässlich gegen die SED-PDS „kämpfte“ (die SPD „toleriert“ in Sachsen-Anhalt bereits 1994 eine Regierungsbeteiligung der PDS), ist aktuell auch davon nichts mehr zu spüren, meint die frühere Bürgerrechtlerin. Heute toleriert die CDU im Thüringer Landtag eine Minderheitsregierung unter Führung der SED-Linken. Und Ministerpräsident Bodo Ramelow kam erst wieder erneut in dieses Amt, nachdem die damalige CDU-Vorsitzende Angela Merkel aus dem fernen Südafrika befand, daß eine anderslautende Wahl „rückgängig“ zu machen sei . . .

Lengsfeld beklagt, und dies ganz zu Recht, daß man die entscheidenden Lehren aus zwei deutschen Diktaturen in nur einem Jahrhundert nicht gezogen habe: Entscheidend für die Errichtung und die Erhaltung dieser totalitären Systeme waren stets die gleichen Punkte: Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Ausgrenzung und Stigmatisierung Andersdenkender und die Entwicklung einer eigenen Herrschaftssprache. Heute lauten diese Begriffe zwar „alternativlos“, „einstimmige Wissenschaftlermeinung“, „gengerechte Sprache“, „Difamierung Andersdenkender“ und so weiter und so fort. Es klingt zwar manches heimeliger und versöhnlicher als noch im „Dritten Reich“ oder der „DDR“ – doch der im Kern menschenverachtende Hintergrund ist nicht völlig verschwunden, meint auch der Verfasser dieser Zeilen.

Inzwischen, so wieder Frau Lengsfeld, haben die sogenannten „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD längst Teile des zerstörerischen Werks der SED-PDS-Linkspartei übernommen. Es ist eine von immer radikaleren grünen Forderungen vorangetriebene Dekonstruktion der deutschen Wirtschaft zu beobachten. Das angestrebte Verbot von Diesel- und dann gleich allen Verbrennungsmotoren bei neu zugelassenen Fahrzeugen und eine nahezu kritiklose Vergötterung Akku-elektrisch angetriebener Fahrzeuge basieren vorurteilsfrei zu Ende gedacht ganz offensichtlich weniger auf Umweltschutzgedanken als vielmehr auf dem Wunsch, einer ganzen Gesellschaft diktieren zu können, wohin die Reise gehen soll. Früher hätte man von dem Weg in eine Kommandowirtschaft gesprochen, der sich schon mehr als einmal als Sackgasse erwies. Heute meinen die Gutmenschen, daß genau daran die Welt genesen könne.

Im 30. Jahr zeigt sich das wiedervereinigte Deutschland tief gespalten, meint Frau Lengsfeld. Die Spaltung selbst, der durch die Gesellschaft gehende Riss, ist dabei aber nicht das Hauptproblem. Verschiedene, auch bis ins Extreme gehende Meinungen sind schließlich ein Kennzeichen jeder halbwegs freien Gesellschaft. Das aktuelle Problem ist, daß diejenigen, die sich auf der „richtigen“ Seite und der Mehrheit wähnen, kaum mehr bereit sind, sich die Argumente Andersdenkender – seien sie richtig oder falsch – anzuhören. Man betreibt stattdessen Ausgrenzung um beinahe jeden Preis. So bleibt auch 30 Jahre nach dem Ende der „DDR“ noch viel zu tun im wiedervereinigten Deutschland! (tb)

## 7 Die einen läßt man „laufen“, die anderen nicht

Der Anfang September gründlich „verunglückte“ Probealarm erwies sich für den obersten deutschen Katastrophenschützer als Ernstfall: Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger, wurde kurz nach dem Fehlschlag seines Amtes enthoben. Unger dürfte nun neidisch auf seinen Amtskollegen Felix Hufeld von der BaFin blicken, dessen Stuhl trotz der „Wirecard-Aufsichtspanne“ bisher kaum zu wackeln scheint. Hufeld hatte schließlich das Geschick, rechtzeitig seinen Chef, Bundesfinanzminister Olaf Scholz, mit ins Boot zu holen. (tb)

## 8 „Als Korrektiv bleibt die Justiz . . .“

In einem für das „Handelsblatt“ verfassten Kommentar bezog die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zu den teilweise auch Grundrechte beschneidenden Corona-Maßnahmen Stellung. Wir gestatten uns, ihr (nach unserer Auffassung sehr lesenswertes) Fazit zu zitieren:

„Auf Notsituationen muß die Politik flexibel reagieren. Einen Blankoscheck für absolutistische Regierungspolitik kann es (aber, die Red.) nicht geben. Eingriffe in die individuelle Freiheit der Bürger müssen die Ausnahme bleiben, verhältnismäßig sein und schnellstmöglich auslaufen – und sie sollten von der Exekutive begründet und vom Parlament beschlossen werden. Stattdessen bleiben die Kriterien und Begründungen für die Verordnungen und Grundrechtseinschränkungen seit Monaten immer wieder schwammig. Als Korrektiv bleibt die Justiz, die sehr häufig der Exekutive die rote Karte zeigen mußte. Die parlamentarische Kontrolle und die inhaltliche Kontroverse um die jeweiligen Maßnahmen müssen zurück in das Zentrum unserer Demokratie: in das Parlament. Dessen Rolle als Zuschauer und Betrachter muß enden.“ (tb)

## 9 „Unerwünschte Wahrheiten“

Noch nie war es so warm wie heute – stimmt das? Wurden die Temperaturveränderungen der letzten Zeit tatsächlich allein von uns Menschen verursacht? Welchen Einfluß haben die Aktivitätsschwankungen der Sonne? Dies alles sind Fragen, die exemplarisch für 50 Themenbereiche stehen, die Fritz Vahrenholt und Sebastian Lüning in ihrem neuen Buch **„Unerwünschte Wahrheiten – Was Sie über den Klimawandel wissen sollten“** behandeln. Sie stellen dabei u.a. Naturkatastrophen der letzten 150 Jahre in einen klimahistorischen Kontext zu Jahrtausenden. Dabei zeigt sich schnell, daß die vereinfachende Darstellung u.a. in den sogenannten „Qualitätsmedien“ den komplexen Zusammenhängen nicht ansatzweise gerecht wird und bei vielen Menschen nur zu Angst und Verunsicherung führt. Das Buch ist, wie es bei den beiden Autoren nicht anders zu erwarten war, eine mutige Streitschrift gegen eine überhitzte Klimadebatte und gegen klimapolitischen Aktionismus.

„Unerwünschte Wahrheiten“ (348 Seiten) kann ab sofort für 25,- € (versandkostenfrei im Inland) über unseren Buchdienst in Hoya bezogen werden. Bitte, geben Sie Ihre freundliche Bestellung schriftlich auf (Postfach 1251, D-27315 Hoya/Weser), senden Sie uns ein Fax (0 42 51/30 70) oder eine Mail (buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de) oder besuchen Sie uns im Internet unter [www.wunschbuecher.de](http://www.wunschbuecher.de). (tb)

## 10 Nicht nur auf den Euro vertrauen . . .

Je unsicherer die Lage auf den Währungs- und Finanzmärkten wird, umso wichtiger werden unsere laufenden Empfehlungen für Sachwerte, Edelmetalle und – sofern die Vermögenslage dies noch zusätzlich erlaubt – das Begründen einer zusätzlichen Bankverbindung zu einem Institut, das seinen Sitz außerhalb des derzeitigen Einflußbereichs der Europäischen Zentralbank (und damit außerhalb des Euro-Währungsraumes) hat. Allein schon aus geographischen Gründen bietet sich hierfür die Schweiz an.

Unser Haus unterhält seit vielen Jahren eine von gegenseitigem Vertrauen geprägte Geschäftsbeziehung zu einer grenznah gelegenen, kleineren schweizerischen Bank, die nicht nur über eine volle Staatshaftung, sondern auch eine solide Bilanz verfügt. Denn am besten ist es doch stets, wenn der gefürchtete „Haftungsfall“ voraussichtlich erst gar nicht eintreten kann. Je nach Anlagebetrag (die empfohlene Untergrenze liegt wegen der Kosten zur Zeit bei umgerechnet etwa 30 000 €) ist von der Teilhabe an standardisierten Anlageprogrammen bis zur individuellen Betreuung fast alles möglich – bis hin zum Goldkauf und der sicheren Verwahrung in bankeigenen Tresoren.

Auf Wunsch teilen wir Ihnen rein nachrichtlich die Namen der Bank und der entsprechenden Mitarbeiter gerne mit. Bitte, senden Sie bei Interesse einen mit 0,95 € frankierten und an Sie adressierten Rückumschlag an die Redaktion der „Vertraulichen“ in D-78266 Bisingen. Gerne können Sie die Kontaktdaten auch per Fax (0 77 34/71 12) oder E-Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) anfordern. (tb)

## 11 Für Sie aufgelesen:

„Gespräch unter Männern: ‚Kaffee macht aggressiv! Ich habe gestern in der Kneipe 12 Bier getrunken und meine Frau zu Hause 3 Kaffee. Du kannst Dir nicht vorstellen, wie aggressiv SIE war, als ich heimkam.‘“